

## Konservierung ohne Restaurierung? Die Debatte über Denkmale mit Quellencharakter am Beispiel des Untersuchungsgefängnisses der sowjetischen Spionageabwehr in Potsdam

In den Debatten zum vereinten Europa nach 1989 betonten Historiker regelmäßig die Bedeutung von Erinnerungsorten für das historische und kulturelle Gedächtnis. In zum Teil heftigen Auseinandersetzungen ging und geht es um die Bedeutung und die Bewertung solcher Orte, um deren Dimensionierung, um die Abgrenzung zu anderen Orten und um die Frage, an welche historischen Ereignisse bevorzugt erinnert werden soll. Nicht zuletzt standen und stehen ästhetische Fragen immer wieder im Fokus.<sup>1</sup>

Mit seiner Schrift „Unbequeme Baudenkmale. Entsorgen? Schützen? Pflegen?“ leistete Norbert Huse 1997 einen entscheidenden Beitrag zur denkmaltheoretischen Positionierung.<sup>2</sup> Er griff Argumente unter anderem des Deutschen Nationalkomitees für Denkmalschutz (DNK) auf<sup>3</sup> und widmete sich Denkmalen, die ihren Denkmalwert zuvorderst aus ihrer geschichtlichen Bedeutung beziehen. Huse postulierte ein stärker an Geschichte orientiertes Denkmalverständnis. Im Kapitel „Schwierige Erbschaften“ warb er für einen verantwortungsvollen Umgang mit jenen Denkmalen, die von der Gesellschaft aufgrund ihres historischen Gehalts nicht oder nur mühevoll akzeptiert werden. Das bezog er aber nicht nur auf bauliche Hinterlassenschaften wie etwa Kirchen, Verwaltungsgebäude oder Kulturhäuser. Die höchste Form der Auseinandersetzung mit Denkmalen einer Epoche, die viele gerne ungeschehen machen würden, finde laut Huse um die „Orte der Täter und Opfer“ statt. Dabei komme der Denkmalpflege eine wichtige Funktion zu: „Viele der Spuren und Orte, die

stumm geworden sind, wird Denkmalpflege allein nicht zum Sprechen bringen können, als Anwältin ihres physischen Überlebens aber muss sie die Voraussetzungen dafür schaffen.“<sup>4</sup> Im Zusammenhang mit den Resten der Berliner Mauer forderte Huse eine Inszenierung des Raumes, die das kurze erhaltene Teilstück als Teil eines verlorenen Ganzen verbildliche, selbst wenn solches letztlich nicht mehr als die „optische Banalität des Bösen“ zeige.<sup>5</sup>

Denkmalschützer haben die eindringliche Ermahnung Norbert Huses in seinem Traktat zu den unbequemen Erblasten gut verinnerlicht. Das Haus Nr. 1 in der Potsdamer Leistikowstraße spiegelt in seinem heutigen Zustand die Debatten der 1990er Jahre über den Umgang mit den politischen Denkmalen wider. Es kann heute als Inszenierung eines Raumes im Sinne Huses gedeutet werden. In welchem Maße in der Gedenkstätte tatsächlich inszeniert wurde oder ob vielleicht eine Inszenierung gar nicht erforderlich war, weil die Substanz selbsterklärend ist und lediglich konserviert werden musste, wird im Folgenden zu zeigen sein. (Abb. 1)

Im Jahr 1994 verließen die sowjetischen Soldaten die ehemalige Geheimdienststadt „Militärstädtchen Nr. 7“ – im Volksmund „Verbotene Stadt“ oder „KGB-Städtchen“ genannt – und übergaben sie der deutschen Verwaltung. Das sogenannte KGB-Gefängnis in der Leistikowstraße war nur eines von vielen Häusern im Sperrbezirk, die von den Sowjets für ihre Zwecke umgenutzt worden waren. Aufgelöst wurde nichts Geringeres als die Deutschlandzentrale der sowjetischen Militärspionageabwehr, die der sowjetische Geheimdienst KGB

1 Vgl. z.B. den Tagungsband von Matthias Weber/Burkhard Olschowsky/Ivan A. Petránský u.a. (Hg.): Erinnerungsorte in Ostmitteleuropa. Erfahrungen der Vergangenheit und Perspektiven (= Schriften des Bundesinstituts für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, Bd. 42), München 2011.

2 Vgl. Norbert Huse: Unbequeme Baudenkmale. Entsorgen? Schützen? Pflegen?, München 1997.

3 Mit der Empfehlung „Nicht vergessen, sondern schützen und aufheben! Für die Erhaltung von Architektur und Städtebau der DDR – Geschichte, Bedeutung, Umgang, Erhaltung“ vom 27.11.1995 fasst das Deutsche Nationalkomitee für Denkmalschutz die vorangegangene Tagung zusammen als Aufruf zum behutsamen Umgang mit den baulichen Relikten der DDR (Schriftenreihe des Deutschen Nationalkomitees für Denkmalschutz, Bd. 51). Dem vorausgegangen waren Schriften des DNK zum Erhalt der Architektur der 50er Jahre (Werner Durth, Niels Gutschow, Bd. 33, 1987) und der 30er und 40er Jahre (Werner Durth, Winfried Nerdinger, Bd. 46, 1993).

4 Huse (wie Anm. 2), S. 44.

5 Vgl. ebd., S. 61.

6 Ebd.



1 Leistikowstr. 1, 2006, BLDAM, Foto: Regina Wunder



Potsdam  
Mirbachstr. 1  
Haus  
der  
evangel.  
Frauenhilfe

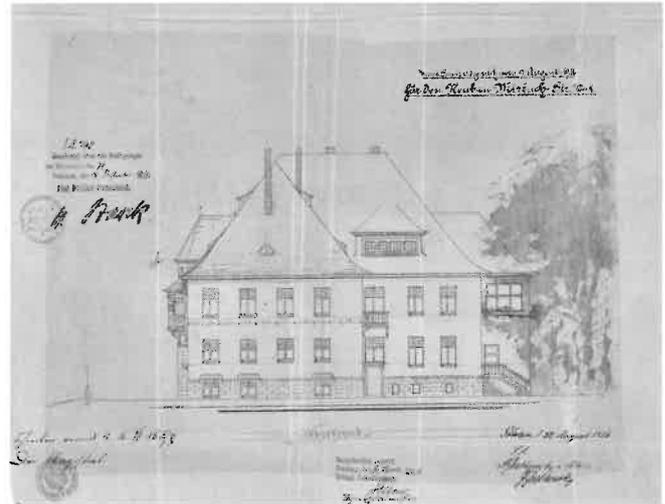
2 Potsdam, Mirbachstraße 1, Haus der evangelischen Frauenhilfe, Aufnahme vor 1945, Potsdam, Stiftung Gedenk- und Begegnungsstätte Leistikowstraße, Archiv

als westlichen Vorposten über 40 Jahre lang betrieben hatte. Das gesamte Areal umfasste mehr als 16 Hektar und über 100 Gebäude. Darin lag der zentrale Bereich als Hochsicherheitszone mit Hauptquartier und Gefängnis. Letzteres war zum Zeitpunkt der Übergabe ein einzigartiges zeitgeschichtliches Dokument einer gerade abgeschlossenen Epoche.

Aber die Zeit war schneller als die theoretischen Überlegungen. In allen neuen Bundesländern wurden Militärliegenschaften übergeben – angesichts der Dimension der Flächen konnte eine Unterschutzstellung in toto nicht ernsthaft in Erwägung gezogen werden. Es erfolgten einzelne Denkmalausweisungen, die als Pars pro Toto und ohne ihren „baulichen und psychologischen Kontext ihren Schrecken zu verlieren drohten.“<sup>6</sup> Die Denkmalpfleger standen Mitte der 1990er Jahre regelmäßig vor der gleichsam unlösbaren Aufgabe, Relikte der sich auflösenden Hinterlassenschaften mittels Überzeugungskraft auch ohne die erforderliche Rechtsgrundlage zu bewahren. Das gelang allenfalls, wenn sie sich etwa auf einem öffentlichen Grundstück befanden oder die Eigentümer selbst einen Wert darin erkannten.

Die ehemals repräsentativen Villen und Landhäuser der aufgelösten Geheimdienststadt wurden schnell wieder in ihr altes Erscheinungsbild überführt. Entstellungen wurden beseitigt und die Spuren der militärischen Nutzung gingen verloren. Heute schmückt das Gebiet mit seinen farbenfrohen Villen zwischen Pfingstberg und Neuem Garten die Berlin-Potsdamer Kulturlandschaft, wie sie bis 1945 gewachsen war und 1991 von der UNESCO zum Welterbe gekürt wurde. Erst seit 2013 markiert ein Geschichtspfad die wenigen Relikte aus der Zeit des Sperrgebiets.<sup>7</sup>

Worin unterschied sich 1994 die Leistikowstraße 1 von den umgebenden Villen? Ganz offensichtlich machte sich der Denkmalwert hier an einer Schicht fest, die an jedem anderen Haus als grobe Verunstaltung des Gebäudes gewertet worden wäre. Aufgrund seiner Nutzung und Deformation als Gefängnis war das Gebäude ein „Ort der Opfer und der Täter.“<sup>8</sup> Das Maß der Entstellung unterschied es von den umgebenden Gebäuden und machte es zu einem herausragenden Denkmal mit Quellencharakter. Der Kategorisierung der historischen Quellenkunde folgend, handelte es sich ganz offensichtlich um eine Primärquelle<sup>9</sup>, die einer intensiven wissenschaftlichen



3 Potsdam, Mirbachstraße 1, Westansicht, beschriftet: „Nachtrag / zum Konsensgesuch für den Neubau Mirbachstraße 1 / Bauschein No. 78“, „27/11/16“ und gestempelt r.u. „A. Grabkowski & Söhne / Baugeschäft / ...“, Potsdam, Untere Denkmalschutzbehörde, Plansammlung, Acta Specialia zur Leistikowstraße 1, Bl. 59

Aufarbeitung bedurfte. Die dringend erforderliche Reparatur des Denkmals würde dem Leitgedanken folgen müssen, dass eine Erforschung dieser Sachquelle auch zukünftig jederzeit möglich sein werde. (Abb. 2, 3)

## Von der Errichtung bis zur Konservierung: Die Geschichte des Ortes

Das Gebäude Mirbachstraße 1 – heute Leistikowstraße 1 – wurde in den Jahren 1916–1918 als Wohn- und Geschäftshaus der Evangelischen Reichs-Frauenhilfe errichtet.<sup>10</sup> Bereits wenige Tage nach dem Ende der im benachbarten Schloss Cecilienhof abgehaltenen Potsdamer Konferenz beschlagnahmte die Sowjetische Militäradministration in Deutschland (SMAD) im August 1945 das Viertel am Neuen Garten. Seine Bewohner mussten ihre Villen verlassen und es wurde

7 Auf Initiative und mit wissenschaftlicher Begleitung durch die Gedenk- und Begegnungsstätte Leistikowstraße Potsdam von der Landeshauptstadt Potsdam errichtet. Vgl. dazu auch die Website unter: <http://www.gedenkstaette-leistikowstrasse.de/Geschichtspfad/> (Zugriff am 4.7.2018).

8 Huse (wie Anm. 2), S. 61.

9 Vgl. Ahasver von Brandt: *Werkzeug des Historikers. Eine Einführung in die historischen Hilfswissenschaften*, Stuttgart 1958, S. 98 ff.

10 Der nachfolgende Abschnitt folgt inhaltlich dem grundlegenden Text zur Konservierung als Gedenkstätte: Sabine Ambrosius/Thomas Drachenberg: *Potsdam. Leistikowstraße 1. Das ehemalige Untersuchungsgefängnis der sowjetischen Spionageabwehr*, in: *Brandenburgische Denkmalpflege*, Jg. 18, 2009, Heft 1, S. 39–59. Darin befinden sich Literaturangaben zu allen vorangegangenen baulichen Untersuchungsberichten sowie Veröffentlichungen zur Geschichte und zur Gedenkstätte. Vgl. weiterhin: Sabine Ambrosius/Thomas Drachenberg: *Das ehemalige Untersuchungsgefängnis der sowjetischen Spionageabwehr in Potsdam – Die Konservierung zur Gedenk- und Begegnungsstätte Leistikowstraße*, in: Axel Klausmeier/Günter Schlusche (Hg.): *Denkmalpflege für die Berliner Mauer. Die Konservierung eines unbequemen Bauwerks*, Berlin 2011, S. 93–111.



4 Gedenk- und Begegnungsstätte Leistikowstraße, Potsdam, Archiv, Foto: Friedemann Steinhausen, 2010

eine zwei Meter hohe Mauer um das Sperrgebiet errichtet, das von den Sowjets offiziell den Namen „Militärstädtchen Nr. 7“ erhielt. Im Pfarrhaus, einst als Ort der Fürsorge und der Vermittlung christlicher Werte errichtet,<sup>11</sup> wurde das zentrale Durchgangs- und Untersuchungsgefängnis der militärischen Spionageabwehr (SMERSCH) eingerichtet. Frauen und Männer aus der gesamten Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) beziehungsweise der DDR wurden hier inhaftiert, verhört und gefoltert. Es handelte sich bis 1954 um deutsche und sowjetische Zivilisten, später dann ausschließlich um sowjetische Militärangehörige und Zivilangestellte. Von hier aus wurden die Untersuchungshäftlinge erkennungsdienstlich behandelt, bis sie in nicht öffentlichen Verfahren durch das sowjetische Militärtribunal zu langjährigen Freiheitsstrafen, Arbeitslager oder sogar zum Tode verurteilt wurden. Nach 1983 gab man die Gefängnisnutzung auf; fortan diente das Haus als Materiallager.

Nach der Konservierung erschienene Beiträge: Peter Erler: Das Gefängnis der sowjetischen Spionageabwehr in Potsdam, in: Deutschland Archiv, Jg. 42, 2009, Heft 4, S. 622–632. – Ines Reich/Maria Schultz: Sowjetisches Untersuchungsgefängnis Leistikowstraße Potsdam (= Schriftenreihe der Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten, Bd. 33), Berlin 2012.

- 11 Vgl. Gabriele Förder-Hoff (Hg.): Im Dienst der Liebe. 120 Jahre Evangelisch-Kirchlicher Hilfsverein (EKH), Potsdam 2008.  
 12 Vgl. Memorial Deutschland e.V. (Hg.): Von Potsdam nach Workuta. Katalog zur Ausstellung über deutsche und sowjetische Häftlinge im KGB-Gefängnis Potsdam und die Lagerhaft in Workuta/Sowjetunion, Berlin 2003.

Nach dem Abzug der russischen Truppen aus Deutschland 1994 und der folgenden Rückübertragung der Liegenschaft machte der neue und alte Eigentümer, der Evangelisch-Kirchliche Hilfsverein (EKH), das Gebäude ab 1995 der Öffentlichkeit zugänglich. Verschiedene Vereine (EKH, Memorial, Amnesty International) koordinierten die Besucherströme und organisierten Ausstellungen.<sup>12</sup> Am 9. Dezember 2004 erfolgte aufgrund seiner überörtlichen und geschichtlichen Bedeutung die Eintragung des Gebäudes in die Denkmalliste des Landes Brandenburg. Die Zentrale der sowjetischen Auslandsespionage mit seinen Spuren der Nutzung als Folterstätte und Gefängnis gilt als Schutzgut. Veränderungen und Entstellungen waren und sind eine wesentliche Schicht am Denkmal. Sie geben bis heute authentisch Auskunft über die Nutzung und das System des Terrors.

Die von Huse geforderte gesellschaftspolitische Unterstützung für unbequeme Denkmale gestaltete sich auch in Potsdam nur zögerlich. Erst ab 2004 begann ein Dialog zwischen Politikern, Museums- und Gedenkstättenexperten, Denkmalschützern, Historikern sowie ehemaligen Insassen über den Umgang mit dem Zeugnis der sowjetischen Repressionspolitik. Klar war, dass hier eine Gedenk- und Begegnungsstätte für die wünschenswerte Vermittlung der Auswirkungen der sowjetischen Repressionspolitik entstehen sollte. Zentrales Exponat der neuen Gedenkstätte sollte das Bestandsgebäude selbst sein.

Dieses Gebäude war mit allen seinen Entstellungen so authentisch und erschütternd, dass sich eine herkömmliche



5 Ansicht aus dem Hof, Zustand 2018, Potsdam, Untere Denkmalschutzbehörde, Foto: sevens + maltry, 2018

Sanierung verbot. Die Kraft des unmittelbaren Erlebens galt es zu erhalten. Die Spuren des Terrorapparates waren die wichtigste Nutzungsschicht; das zu schützende Gut war die Deformierung und Nutzbarmachung, der Verfall und die aus heutiger Sicht unsachgemäße Reparatur. Hinzu kamen zahlreiche Informationen, die erkennbar, aber nicht lesbar waren – zum Beispiel Inschriften im Putz der Wände.<sup>13</sup> Ganz offensichtlich handelte es sich bis ins kleinste bauliche Detail um ein Denkmal von überragendem Zeugniswert; die Bausubstanz galt es unter allen Umständen zu erhalten.

Ab Januar 2004 wurden Gespräche zum Umgang mit der Substanz geführt. Schnell war klar, dass eine Gedenk- und Begegnungsstätte entstehen sollte, die neben dem historischen Gebäude einen Neubau benötigte, der verwaltende und vermittelnde Funktionen getrennt vom historischen Bestand übernahm. So konnte der Altbau vor Nutzung und letztlich auch Beschädigung bewahrt werden. Um dieser anspruchsvollen architektonischen Aufgabe gerecht zu werden, wurde ein Wettbewerb ausgelobt, in dem bereits zwei Lösungsansätze formuliert wurden: Es könne einerseits eine „Haus-in-Haus-Lösung“ mit einer Art Schutzhülle um das Gebäude entstehen, andererseits aber könne ebenso gut die äußere Hülle des Gefängnisses zum Schutz vor der Witterung saniert und das Objekt um einen Neubau ergänzt werden.<sup>14</sup>

Aus dem Verfahren von 2006 ging der Architekt Wolfgang Brune als Sieger hervor. Er hatte den zweiten Weg gewählt: Sein Siegerentwurf sah vor, auf dem Grundstück und in respektablem Abstand zum Altbau einen zurückhaltenden Neubau zu errichten, der frei von jeder modischen Attitüde sein müsste. Hier sollten Besucher empfangen und ein Archiv, eine Bibliothek, Arbeitsplätze für die Wissenschaftler sowie Sanitärräume eingerichtet werden. Mit dem Neubau war der Weg frei, die Funktionen für die Gedenkstättennutzung aus dem Gefängnisgebäude selber herauszunehmen. Der Altbau sollte von außen notwendigerweise repariert und im Innern so authentisch wie möglich erhalten werden. (Abb. 4, 5)

Die Reparatur des Denkmals erfolgte nach Erteilung der Baugenehmigung schließlich ab August 2007. Der Zeitplan war ehrgeizig: Bis zur Abrechnung der Fördermittel im Februar 2008 blieben genau zehn Monate. Da zu diesem Zeitpunkt der künftige Träger für die im Gründungsprozess befindliche Gedenkstätte noch nicht bestimmt war, übernahmen die Denkmalpfleger die Verantwortung für die konservatorischen Maßnahmen, die das Bild der Gedenkstätte bis heute prägen.

## Die Idee und ihre Umsetzung: Konservierung ohne Restaurierung?

War es möglich, das geschundene Gebäude tatsächlich mit seiner ganzen Substanz, seinen Nutzungsspuren und dem verletzten Erscheinungsbild zu erhalten? Welche Grenzen hatte die Konservierung eines kompletten Gebäudes? Mussten nicht zwangsläufig Teile der Substanz aufgrund der neuen Nutzung und der sich ergebenden Bauvorschriften aufgegeben werden?

Zur Begriffsbestimmung: Nach der ‚Carta del Restauro‘ von 1987 ist Konservierung „die Gesamtheit aller Vorbeugungs- und Schutzmaßnahmen, die darauf ausgerichtet sind, eine tendenziell unbegrenzte Dauerhaftigkeit der materiellen Gestalt [...] zu sichern.“<sup>15</sup> Als Restaurierung hingegen wird jeder Eingriff bezeichnet, „der unter Beachtung der Konservierungsprinzipien und auf der Grundlage umfassender vorhergehender Untersuchungen darauf ausgerichtet ist, das Objekt im Rahmen des Möglichen wieder lesbar [...] zu machen.“<sup>16</sup>

Wir waren im Begriff, eine Gratwanderung zu unternehmen: Auf der einen Seite war es oberstes denkmalpflegerisches Gebot, die Substanz in situ zu bewahren, um die Authentizität des Ortes erlebbar und die Geschichte des Hauses langfristig der Forschung zugänglich zu machen. Der Bestand musste konserviert, der Verfall gestoppt werden. Auf der anderen Seite mussten nutzungsbedingte Veränderungen in Kauf genommen werden: Die Gedenkstätte als Ort für die Vermittlung würde moderne Technik benötigen, Besucherströme müssten gelenkt und auch Brandschutzmaßnahmen umgesetzt werden. Dazu der treffende Kommentar einer Kollegin der Bauaufsicht: „Das Gefängnis braucht einen Fluchtweg.“ (Abb. 10)

- 13 Vgl. Ines Reich/Maria Schultz (Hg.): Sprechende Wände. Häftlingsinschriften im Gefängnis Leistikowstraße Potsdam (= Forschungsbeiträge und Materialien der Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten, Bd. 13), Berlin 2015.
- 14 Vgl. die Ausschreibung des begrenzt offenen Realisierungswettbewerbs zur Gedenk- und Begegnungsstätte Leistikowstraße 1. ehem. KGB-Gefängnis Potsdam, ausgelobt vom Evangelisch-Kirchlichen Hilfsverein, Potsdam Juni 2006 (Typoskript Untere Denkmalschutzbehörde Potsdam).
- 15 Zitiert in der Übersetzung von Dörthe Jakobs: Die Carta del restauro 1987, in: Zeitschrift für Kunsttechnologie und Konservierung, Jg. 4, 1990, Heft 1, S. 1–29, hier S. 6.
- 16 Ebd., S. 7.

## Wandoberflächen als Primärquellen

Augenscheinlich waren alle Wandoberflächen im und am Haus – besonders diejenigen in den Zellen des Kellers – und des Erdgeschosses – von hohem dokumentarischem Wert. Namen und Inschriften von Häftlingen in lateinischen und kyrillischen Buchstaben, motivische Ritzungen und Daten waren zu erkennen. Im Zuge der Baumaßnahmen wurde darauf geachtet, jede noch so kleine Information zu sichern und zu erhalten, selbst wenn man ihre Bedeutung noch gar nicht kannte. Jede Behandlung der Oberflächen ohne restauratorische Baubegleitung wurde von vornherein ausgeschlossen.<sup>17</sup> (Abb. 6)

Schon die Beräumung, Sicherung und Reinigung erfolgte durch die Restauratoren. Das war eine scheinbar gewöhnliche Arbeit, für den Erhalt der Substanz aber unverzichtbar. Denn die in vielen Schichten aufgebaute, empfindliche Leimfarbe an den Wänden der Zellen war Träger der Inschriften, die es unter keinen Umständen zu verlieren galt. Dabei wurden für den Einbau von Heizungsschleifen über Putz die in den Zellen befindlichen hölzernen Podeste mit allen ihren Bestandteilen sorgsam demontiert und nach Abschluss der Maßnahmen an originaler Stelle wieder zusammengebaut. So vermittelte das Gebäude schon bei Beginn der Baumaßnahmen keinen verwahten Eindruck mehr. Im Gegenteil: Es hatte eher einen musealen Charakter angenommen, was sich auch in dem respektvollen Umgang der Handwerker mit der Substanz widerspiegelte. Der Restaurator war inzwischen zum besten Kenner der Bausubstanz geworden. Er führte jeden Handwerker in seine Aufgabe ein und war kontinuierlich baubegleitend vor Ort.

Im Hinblick auf den Zustand der Fassaden wurde schon früh diskutiert, ob der gesamte Putz erneuert werden müsse, um die Gebäudehülle dauerhaft zu sanieren. Der Befund war vielschichtig: Der bauzeitliche Putz hatte sich großflächig erhalten, neigte aber zur Schalenbildung. Besonders an der Wetterseite waren zusammenhängende Flächen abgängig und das Mauerwerk sichtbar. Im Sockelbereich fanden sich stellenweise Inschriften. Weiterhin gab es viele Spuren teils grober und entstellender Reparaturen. Denkmalpflegerische Vorgabe war die weitgehende Konservierung der Oberflächen, die Ablesbarkeit der baulichen Veränderungen und die weitest mögliche Kostenreduzierung durch Minimaleingriffe. (Abb. 7)

An den Fassaden wurde schließlich das denkmalpflegerische Konzept entwickelt, das fortan auf alle Oberflächen übertragen und neu formuliert wurde. Zu sehen ist das an der Abwicklung der Fassaden mit einer Schadenskartierung des Restaurierungsbüros von 2007: Nicht oder nur mit unverhältnismäßigem Aufwand zu erhaltende Putzflächen wurden sorgsam abgenommen. Großflächige und konservierbare, aber geschädigte Putzflächen wurden durch Hinterfüllung und Anböschung in den Putzrandbereichen gesichert und die strukturschwachen, sandenden Bereiche mit Kieselsäureester gefestigt. Schließlich wurde abgefallener



6 Häftlingsinschrift in einer Zelle im Keller, Potsdam, Stiftung Gedenk- und Begegnungsstätte Leistikowstraße, Archiv, Foto: Friedemann Steinhäusen



Blatt 2 (Januar 2007)  
Ehemaliges KGB-Gefängnis, Leistikowstraße 1, 14469 Potsdam  
Westfassade  
● = Putzreparaturen, Eintragungen nicht maßstabgerecht



Blatt 4 (Januar 2007)  
Ehemaliges KGB-Gefängnis, Leistikowstraße 1, 14469 Potsdam  
Ostfassade  
● = Putzreparaturen, Eintragungen nicht maßstabgerecht

7 „Kartierung Bestand Fassade“, Restauratorisches Gutachten durch Gramann und Schwioger GbR, Blatt 2 und 4, Januar 2007, Potsdam, Untere Denkmalschutzbehörde

Putz durch neuen Kalkmörtel ersetzt und anschließend mittels einer Schlämme in einem mittleren Farbton der jeweiligen Umgebung angepasst. Ziel war es, dass die Ergänzungen nicht vordergründig in Erscheinung treten, sondern das Bild beruhigen und sich unterordnen. Nicht die Reparaturen aus dem Jahr 2007 sollten den Raumeindruck beherrschen, sondern der vorgefundene Zustand von 1994. Das Ungewöhnliche an

17 Als Restaurator konnte Christoph Gramann (Gramann und Schwioger GbR) gewonnen werden.



8 Vorraum zu den Duschen, BLDAM, Foto: Regina Wunder, 2008



9 Gedenk- und Begegnungsstätte Leistikowstraße, Flur Erdgeschoss, Zustand nach Inbetriebnahme als Gedenkstätte, sevens + maltry, 2018

dieser Behandlungsmethode war es, die Grundsätze der Konservierung im Außenraum in dieser Dimension anzuwenden. Eine tatsächliche Restaurierung im Sinne von Lesbarmachung erfolgte jedoch nicht.

Für den Außenraum wiesen die beteiligten Denkmalpfleger schon 2008 darauf hin, dass Folgekosten für Wartungsarbeiten entstehen würden; die aber – sollten sie in regelmäßigen Abständen durchgeführt werden – in einem überschaubaren Rahmen bleiben könnten. Das Konservierungskonzept aller Oberflächen war rein auf Einzelmaßnahmen ausgerichtet. Für eine umfassende restauratorische Befunduntersuchung mit Anlegen von Stratografien (Farbtreppe) standen weder die finanziellen Mittel noch die Zeit zur Verfügung. Schließlich war sie auch zum damaligen Zeitpunkt nicht erforderlich, da ja die gesamte Substanz erhalten blieb. Eine restauratorische Untersuchung konnte somit nach Fertigstellung der Maßnahmen jederzeit nachgeholt werden.

Zum Konservierungskonzept gehörte auch die Oberflächenbehandlung aller im Außenbau befindlichen Bauteile. Natürlich mussten in diesem Zusammenhang die Holzfenster von außen gestrichen werden. Es sind die einzigen Bauteile, an denen tatsächlich eine restauratorische Befunduntersuchung vorgenommen wurde. Wo notwendigerweise Eingriffe erfolgten, sind diese dokumentiert und stehen nun der Wissenschaft zur Verfügung. Es wurde entschieden, jedes Fenster im Ton seiner letzten Farbschicht neu mit Ölfarbe zu streichen. So

kommt es, dass heute alle Fenster unterschiedliche Farbtöne aufweisen.

## Nutzungsbedingte Veränderungen

Die Ergebnisse von Untersuchungen sowohl zur Statik als auch zum Brandschutz waren eindeutig: Die zukünftige Gedenkstätte würde nicht unbegrenzt Besucher aufnehmen können. Um einen Austausch von Deckenbalken zu vermeiden, sind einige Räume heute nicht oder nur in begrenzter Personenzahl betretbar. Bei der Frage eines unabdingbaren Fluchtweges für den Brandfall im Keller einigte man sich darauf, dass die Hälfte der Zellen in der Zukunft für die Öffentlichkeit gesperrt bleiben würde, da ansonsten der vorgeschriebene zweite Rettungsweg nicht zu realisieren war. Es handelt sich hierbei um den Teil des Kellers mit der größten Dichte von Häftlingsinschriften in den Zellen, so dass diese sensiblen Bereiche damit auch besonders geschützt sind. In den Gängen des Kellers waren Abwasserrohre in Kopfhöhe verlegt, die eine Begehung durch Besucher auch aus baurechtlichen Gründen von vornherein ausschloss. Da ihre Verankerungen verrostet und die Rohre schwer waren, hätte eine statische Ertüchtigung einen großen Eingriff in die Decke des Kellerganges bedeutet. Der Zeugniswert dieser Rohre war untergeordnet, da sie einer Nutzungsphase nach 1954 zuzuordnen waren, als die Belegung der Zel-



10 Fluchttür Südfassade, BLDAM, Regina Wunder, 2008



11 Gedenk- und Begegnungsstätte Leistikowstraße, Ausstellung der Gedenkstätte im Obergeschoss, sevens + maltry, 2018

len im Keller bereits aufgegeben worden war. Wir entschieden uns also, die Rohre an ihren Halterungen abzusägen, um so die wertvolleren Wärterinschriften im Putz der Decke erhalten zu können und damit den Keller aus der frühen Nutzungsphase erlebbar zu machen.

Die Vorgehensweise zur Nutzbarmachung des Hauses erfolgte operativ und einzelfallorientiert. Im Vordergrund stand ein denkmalpflegerisches Prinzip, das an jedem Bauteil aufs Neue auf seine Umsetzbarkeit überprüft wurde: Die Bewahrung des Vorgefundenen mit neutralen Ergänzungen, sofern diese unverzichtbar waren. So wurde Sicherheitstechnik (zum Beispiel Brandschutztüren, Entrauchungsstangen, Handläufe, Schutzteppiche in den Fluren) in neutralen Formen und untergeordneten Farben ergänzt. Für die neue Nutzung wurden erforderliche Bauteile wie beispielsweise fehlende Traljen der Treppenanlagen, das Linoleum auf den Treppenläufen, die Fenstergriffe usw., wenn möglich, baugleich ergänzt.

In der Summe wurde 2008 ein bautechnisch hergestelltes und für den musealen Betrieb gerüstetes Haus übergeben, das seinen dokumentarischen Wert und seine hohe Authentizität nicht eingebüßt hatte. Durch verantwortungsvollen Umgang wurden die Substanz weitestgehend bewahrt, die baulich notwendigen Veränderungen mit erforderlichem Pragmatis-

mus vorgenommen und mit restauratorischen Techniken das Gebäude als ein Geschichtsdokument oberster Kategorie konserviert.

## Inwertsetzung

2009 wurde die rechtsfähige Stiftung „Gedenk- und Begegnungsstätte Leistikowstraße Potsdam“ gegründet, die von der Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten treuhänderisch verwaltet wird. Stifter ist der EKH, der das Gebäude in die Stiftung einbringt.

2012 eröffnete die von der Gedenkstätte erarbeitete Dauerausstellung. Die Gestaltung der Dauerausstellung ordnet sich äußerst sensibel den baulichen Gegebenheiten unter.<sup>18</sup> Seither ist die Gedenkstätte Forschungsstätte und lebendiger Ort der historisch-politischen Bildung zugleich. Mit Inbetriebnahme der Gedenkstätte bekam das Haus seinen Wert für die Öffentlichkeit. Die Lesbarkeit, die Bewertung der Schichten und die Möglichkeit der Rezeption über den reinen Substanzbegriff hinaus werden durch die Gedenkstättenleitung gewährleistet.

Bereits nach zehn Jahren stehen die Denkmalpfleger wieder dem Patienten gegenüber. Einige Bauteile sind nutzungs- und witterungsbedingt inzwischen erneut reparaturbedürftig: Im Innenraum ist das abgelaufene Linoleum auf den Treppen betroffen. Im Außenraum sind beispielsweise die Fundamente der Freigangzellen vom Frost zersprengt, die Fassaden weisen neue Abplatzungen auf und die Einfriedung, für deren Ertüchtigung 2007 keine Mittel zur Verfügung standen, ist inzwischen

18 Das Ausstellungsdesign von Carsten Gerhards und Andreas Glücklich verzichtet auf jede Inszenierung oder Rekonstruktion. Vgl. Nils Ballhausen: Gedenk- und Begegnungsstätte Leistikowstraße, in: *Bauwelt* 19/2013 vom 17.5.2013, S. 34–39, online unter: [http://www.bauwelt.de/dl/790992/bw\\_2013\\_19\\_0034-0039.882781.pdf](http://www.bauwelt.de/dl/790992/bw_2013_19_0034-0039.882781.pdf) (Zugriff am 5.7.2018).

in seiner Standsicherheit gefährdet. Was soll mit der dauerhaft notwendigen Reparatur des Hauses erreicht werden? Hat sich die denkmalpflegerische Bewertung von 2007 heute überholt? Kann man so weitermachen, wie vor zehn Jahren begonnen? Ergibt sich aufgrund der Inbetriebnahme durch eine Gedenkstätte eine nutzungsbedingte Veränderung der denkmalpflegerischen Konzeption? (Abb. 11)

Eine neue Kartierung der Schäden an den Fassaden zeigt beispielhaft, dass die Schäden der letzten zehn Jahre als gering zu bewerten sind. Gemeinsam mit der Gedenkstättenleitung entschied sich die Denkmalpflege für eine Weiterführung des Konzeptes, das mit dem wissenschaftlichen Anspruch der Gedenkstätte immer noch bestens im Einklang steht. Um zukünftigen, naturgemäß auftretenden Schäden keinen Nährboden zu bieten, werden ab sofort regelmäßige Wartungen durchgeführt, um dann prozessual und nach Bedarf Kleinstmaßnahmen auszulösen. Nur die Einfriedung bedarf aktuell einer umfassenderen Maßnahme – würde man nichts tun, wäre sie dem Verfall preisgegeben und der Zeugniswert des Denkmals würde sich erheblich reduzieren.

Im Ergebnis ist festzuhalten, dass das denkmalpflegerische Ziel, nämlich die konservatorische Bewahrung des vorgefundenen Zustands, selbst bei einem vielseitig beachteten Denkmal wie der Leistikowstraße 1 nur durch ständige Reparatur und Wartung umgesetzt werden kann. Dem denkmalpflegerischen Grundsatz der Dokumentation folgend, wurden notwendige Eingriffe kartiert und stehen nun der Wissenschaft als „beweisende Urkunde“<sup>19</sup> zur Verfügung. Beide Ziele, die „unverfälschte Verfügbarkeit des Erlebens“ wie auch die „Erforschung ihrer [...] Forschungsgegenstände“<sup>20</sup>, konnten in der Leistikowstraße 1 in hohem Maße erreicht werden.

Georg Dehios Grundsatz „Konservieren, nicht restaurieren“ ist in der reinen Lehre praktisch nicht umsetzbar. Konservierung beinhaltet in der Praxis immer Elemente der Restaurierung und ist ohne kontinuierliche Pflege und Reparatur nicht sinnvoll. Eine Verstetigung der Wartung mit konservatorischen Mitteln sollte daher immer Teil des Konservierungskonzeptes sein.

Die Kontextualisierung durch die Gedenkstättenarbeit ist notwendig, um den Bestand in Wert zu setzen und das Vorgehen verständlich zu machen. Sie ist die Voraussetzung für eine wirksame Erhaltung des Denkmals. Nur über das Verständnis des Bestehenden ist eine nachhaltige Schutzwirkung zu erreichen. Konservierung und Kontextualisierung sind das Erfolgsrezept für einen langfristigen Bestandsschutz von schwierigen Denkmalen.

19 Manfred Koller: Zur Definition der Dokumentationsformen, in: Dokumentation in der Restaurierung. Vorträge der Tagung in Bregenz 23.–25.11.1989, hg. vom Österreichischen Restauratorenverband ÖRV gemeinsam mit dem Schweizerischen Verband für Konservierung und Restaurierung SKR/SCR und dem Deutschen Restauratorenverband DRV (= Konservieren / Restaurieren, Bd. 4), Salzburg 1994, S. 7–21, hier S. 7.

20 Ebd.

Jürgen Danyel, Thomas Drachenberg und Irmgard Zündorf (Hg.)

# Kommunismus unter Denkmalschutz?

## Denkmalpflege als historische Aufklärung

*Eine gemeinsame Publikation des Brandenburgischen Landesamtes  
für Denkmalpflege und Archäologischen Landesmuseums und des  
Zentrums für Zeithistorische Forschung Potsdam*



Wernersche Verlagsgesellschaft

# Inhalt

<i>JÜRGEN DANYEL, THOMAS DRACHENBERG, IRMGARD ZÜNDORF</i>	
Vorwort.....	7
<b>VOM DENKMALSSTREIT ZUR HISTORISCHEN AUFKLÄRUNG. DENKMALPFLEGE IM WANDEL</b>	
<i>JÜRGEN DANYEL</i>	
Kommunistische Denkmäler zwischen Zeitgeschichte und Denkmalpflege.....	9
<i>LEONIE BEIERSDORF</i>	
Zum Umgang mit dem Denkmalerbe der DDR nach 1990	17
<i>THOMAS DRACHENBERG</i>	
Denkmale aus der DDR auf der brandenburgischen Landes- denkmalliste – gibt es heute ein Realitätsproblem?.....	27
<i>DIETER HÜBENER</i>	
Einmal Denkmal – immer Denkmal? Politische Denkmale und ihre Neubewertung nach 1990 im Land Brandenburg.....	33
<i>KRZYSZTOF RUCHNIEWICZ</i>	
Der polnische Umgang mit den kommunistischen Hinterlassenschaften.....	45
<i>MISCHA GABOWITSCH</i>	
Der Umgang mit sowjetischen Kriegsdenkmälern seit 1989/91: ein Überblick.....	49
<i>WALTRAUD KOFLER ENGL</i>	
Kult-, Streit-, Lernorte Faschistische Denkmäler in Bozen.....	65
<b>DAS NACHLEBEN KOMMUNISTISCHER DENKMALE AUS DER DDR. LAGEBERICHTE UND AUSSICHTEN</b>	
<i>HUBERT STAROSTE</i>	
Berlins schwieriges Erbe – Der Umgang mit den politischen Denkmälern aus der DDR-Zeit.....	71
<i>LEO SCHMIDT</i>	
Panzerdenkmale. Narrative vor und nach 1990.....	77
<i>PETER LEONHARDT</i>	
Der Sowjetische Pavillon auf dem Gelände der Alten Messe in Leipzig.....	83
<i>BETTINA GNEKOW</i>	
Provokation – Akzeptanz – Neuinterpretation Vom schwierigen Umgang mit dem sowjetischen Ehrenmal vor der Marienkirche in Stralsund.....	93
<i>JÖRG KIRCHNER</i>	
Eine wertvolle Zumutung Der deutsch-estnische Lenin in Schwerin als Kunstwerk und Denkmal.....	103
<i>DAVID JOHST</i>	
Schwieriges Erbe: Der Umgang mit politischen Denkmälern der DDR nach 1989 am Beispiel der Stadt Halle.....	112
<i>KATJA PROTTE</i>	
„Mauerspringer“ Großplastik der NVA im Militärhistorischen Museum der Bundeswehr (MHM).....	121
<b>DENKMALSCHUTZ ALS STRATEGIE DER HISTORISCHEN AUFARBEITUNG</b>	
<i>ELKE KIMMEL</i>	
Denkmalschutz für „Volvograd“ Vom Umgang mit der Waldsiedlung Wandlitz.....	131
<i>SABINE AMBROSIUS</i>	
Konservierung ohne Restaurierung? Die Debatte über Denkmale mit Quellencharakter am Beispiel des Untersuchungsgefängnisses der sowjetischen Spionageabwehr in Potsdam.....	139
<i>ILONA ROHOWSKI</i>	
DDR-Bauerbe mit Erklärungsbedarf: Die Jugendhochschule der FDJ am Bogensee und die Pionierrepublik am Werbellinsee.....	147
<i>RUTH KLAWUN</i>	
Eisenhüttenstadt, eine Planstadt nach den „Sechzehn Grundsätzen des Städtebaus“ – Erhaltung und Perspektiven.....	157
<i>ANDREA THEISSEN</i>	
Eine Denkmalausstellung in Berlin.....	169

Jürgen Danyel, Thomas Drachenberg und Irmgard Zündorf (Hg.)

# KOMMUNISMUS UNTER DENKMALSCHUTZ?

Denkmalpflege als historische Aufklärung



Wemersche Verlagsgesellschaft